

Die Volksverdummung und die soziale Unsicherheit stoppen!

Erfurt, 9.6.2004

Liebe Kolleginnen und Kollegen,

wenn ein Mensch, der mitten im Leben steht, seine fünf Sinne beisammen hat und sich um vernünftiges Nachdenken bemüht – wenn ein solcher Mensch die gegenwärtigen Debatten um den angeblichen Umbau des Sozialstaats verfolgt – dann müsste er eigentlich in null Komma nichts verrückt werden. Zumindest brummt ihm der Schädel.

Das kommt nicht daher, dass *diese sogenannten „Reformen“* so schwer zu begreifen wären. Im Gegenteil: sie sind nur völlig widersinnig. Die unvernünftigsten Dinge werden als der Weisheit letzter Schluss verkauft, obwohl sie vorne und hinten nicht stimmen.

I. Nehmen wir als Beispiel die Rente.

Auf allen Kanälen wird uns erzählt, die Renten müssten gekürzt werden, weil die Alten immer mehr werden und die Jungen, die für sie aufkommen müssen, immer weniger.

Das stimmt sogar, aber das ist schon seit hundert Jahren so. Seit hundert Jahren nimmt die Zahl der Rentner im Verhältnis zu den Berufstätigen ständig zu. Und zugleich haben wir in diesen hundert Jahren immer wieder Reformen erlebt, bei denen die Renten **erhöht** wurden. So zum Beispiel 1957 mit der Einführung des Umlageverfahrens durch Konrad Adenauer und 1972 mit der Einführung der flexiblen Altersgrenze unter Willy Brandt. Da war die sogenannte demografische Revolution schon in vollem Gang, dennoch konnte **mehr** gezahlt werden.

Warum? Ganz einfach. In der gleichen Zeit ist **die Arbeitsproduktivität ständig gestiegen**, und die macht es eben möglich, dass eine immer kleiner werdende Zahl von aktiven Jahrgängen für eine wachsende Zahl von Alten aufkommen kann.

Mehr noch: in diesen hundert Jahren konnten wir es uns sogar leisten, Kindheit und Jugend zu verlängern, also die Ausbildungszeiten. Kindergeld gibt es heute bis 27, das heißt: es ist gesellschaftlich anerkannt, dass eine Ausbildungszeit einmal auch so lang dauern kann.

Die mittlere Generation kommt für die jüngere und die ältere auf, und das ging lange Zeit gut, wegen der **gestiegenen Arbeitsproduktivität**.

Jetzt geht es plötzlich nicht mehr. **Warum?**

Der Grund liegt **nicht** im demographischen Wandel, sondern in der **Arbeitslosigkeit**. Seit dreißig Jahren steigt sie fast ständig. Deshalb wird immer weniger in die Renten-, in die Kranken-, die Pflege- und in die Arbeitslosenversicherung eingezahlt. Gleichzeitig muss aus der Arbeitslosenversicherung immer mehr gezahlt werden. Und die Arbeitslosen „Schaffen“ nichts, sie haben weniger Kaufkraft usw. usf. **Deshalb** sind die Kassen leer.

Ein wesentlicher Schlüssel zur Lösung der Probleme liegt auf dem Arbeitsmarkt. Mehr Jobs müssen her.

II. Zur Reform der Sozialkassen

Wir sollten uns aber nicht in die Taschen lügen. Auch wenn es eines Tages wieder Vollbeschäftigung geben sollte, **werden die Sozialkassen reformiert werden müssen**.

Aber wie? Zum Beispiel: Einzahlung nicht nur durch Arbeitgeber und Arbeitnehmer in der gewerblichen Wirtschaft, sondern **durch Heranziehung grundsätzlich aller Einkommen: Beamtengehälter, Mieten, Zinsen, Gewinne**. Gewiss entstehen dadurch auch neue Ansprüche. Das wäre aber zu meistern, wenn alle proportional zu ihren Einnahmen einzahlen und die Auszahlungen nach einem Bedarf auf hohem Niveau gedeckelt werden. Sicher: das wäre Umverteilung. Aber die findet gegenwärtig ja ebenfalls statt, nur in der falschen Richtung.

Es gibt auch andere Möglichkeiten, zum Beispiel die **Bemessung der Sozialabgaben nicht nach der Lohnsumme**, sondern nach dem **Kapitalaufwand**, auch für Maschinen. Das wäre ebenfalls eine intelligente Lösung. Die IG Metall hat das schon vor 40 Jahren gefordert. Oder nach den **Gewinnen** der Unternehmen.

III. Was aber macht die Bundesregierung?

Sie beauftragt einen deutschen Professor damit, nicht die intelligenteste Lösung zu finden, sondern die dümme. Die Regierung hat diesen klugen Professor gefunden, den Professor Rürup. Und dieser **Professor Rürup** hat auftragsgemäß die absolut dümme Lösung vorgeschlagen: **Erhöhung der Lebensarbeitszeit auf 67 Jahre**.

Was wäre die Folge? Ganz einfach: Die Menschen beziehen zwei Jahre später Rente, zahlen länger ein und bekommen noch kein Altersgeld. Dadurch sollen die Kassen geschont werden. Leider hat die Rechnung noch eine andere Seite. Nämlich: Wenn die Alten zwei Jahre länger im Job bleiben, kommen **die Jungen zwei Jahre später hinein**. Die bleiben dann ohne Arbeit und zahlen dann nicht ein. Das Geld fehlt dann wieder in der Rentenkasse.

In Wirklichkeit geht es aber gar nicht darum, dass die Alten bis 67 arbeiten sollen. Wir wissen doch alle: Viele werden schon mit Mitte fünfzig zum alten Eisen geworfen. Das will man wahrscheinlich sogar. **Dann erreichen sie das Rentenalter von 67 gar nicht** und bekommen Abschlüsse. Das schont die Kassen. Aber die Kaufkraft sinkt dann, das kostet Arbeitsplätze, und dann haben wir noch weniger Einzahler. Es wäre ein Teufelskreis.

Kolleginnen und Kollegen, dasselbe könnte ich Euch jetzt **für die Krankenkassen** vorführen, aber ich denke, das Prinzip ist klar: die Beiträge sollen stabil bleiben, und damit die Lohnnebenkosten. Dafür müssen die Versicherten **Praxisgebühren** entrichten und **Zuzahlungen** leisten, ihre **Kaufkraft** sinkt, **Arbeitsplätze** gehen verloren. Auch hier könnte es eine vernünftige Lösung geben: wiederum Heranziehung aller Einkommen für die Einzahlungen, eine allgemeine Volksversicherung. Man hat sich aber auch hier für die am wenigsten kluge Variante entschieden.

IV. Kolleginnen und Kollegen. Ich sagte: Der Schlüssel der gegenwärtigen Probleme liegt auf dem Arbeitsmarkt.

Für die andauernde Massenarbeitslosigkeit bietet man uns folgende Erklärungen an:

Erstens: der Gesellschaft **gehe die Arbeit aus**. Weil die Arbeitsproduktivität steigt, würden weniger Arbeitskräfte gebraucht. Aber wir haben ja schon gesehen, dass das nicht neu ist. Seit es den Kapitalismus gibt, steigt die Arbeitsproduktivität. Und seit etwa 150 Jahren wurde dafür eine intelligente Lösung gefunden. Sie lautete immer: **Verkürzung der Arbeitszeit**. Tatsächlich: Mit einigen Abweichungen sinkt die Arbeitszeit seit 150 Jahren. Zunächst gab es den 16-Stunden-Tag an sechseinhalb Tagen in der Woche, dann den Achtstundentag an sechseinhalb Tagen, dann 40, 38,5, teilweise 35 Stunden. Die Unternehmer haben sich immer dagegen gewehrt – am Ende hat es dann sogar auch ihnen geholfen. Die Wirtschaft wurde leistungsfähiger. Durchgesetzt wurde die Arbeitszeitverkürzung durch starke Gewerkschaften.

Heute gelten die Gewerkschaften vielfach als schwach. Und so meint man, sich intelligente Lösungen sparen zu können und ist mal wieder **auf eine nicht so kluge** verfallen. Sie lautet: Weil die Arbeitslosigkeit hoch ist, muss **die Arbeitszeit verlängert** werden, zum Beispiel auf 42 Stunden. Das begreife, wer kann. Die Wahrheit lautet: Wer die Arbeitszeit verlängert, erhöht die Arbeitslosigkeit.

Zweitens sagt man uns: Die **Globalisierung** sei schuld an der Arbeitslosigkeit. Die Lohnstückkosten in Deutschland seien zu hoch und deshalb nicht mehr konkurrenzfähig. Auch das begreife, wer kann. Globalisierung der Märkte bedeutet bessere Exportchancen für eine Wirtschaft mit fortgeschrittener Technologie, und das ist die deutsche Wirtschaft. Diese deutsche Wirtschaft ist Exportweltmeisterin. Sie ist das deshalb, weil die Lohnstückkosten im internationalen Vergleich eben nicht an der Spitze liegen.

Und drittens erklärt man die hohe Arbeitslosigkeit damit, dass die Menschen gar nicht arbeiten wollen. Sie müssten zur Arbeit geprügelt werden: durch Abschaffung der Arbeitslosenhilfe und Kürzung der Bezugszeit für Arbeitslosengeld.

Auch an diesem Argument ist etwas merkwürdig:

Es hat einmal eine Zeit gegeben, da wurden Arbeitslosengeld, Arbeitslosenhilfe und Sozialhilfe in halbwegs erträglicher Höhe festgesetzt. Das waren Zeiten der Vollbeschäftigung. Kein Mensch kam damals auf die Idee, seinen Job zu schmeißen und dafür Stütze zu beziehen. Die gut bezahlte Arbeit wurde gern geleistet, man verdiente gut, und man arbeitete gern. Jetzt sind es die guten Jobs, die weniger geworden sind, und es ist nicht die Zahl der Arbeitswilligen.

Kolleginnen und Kollegen. Ich frage: Was ist da los?

Die Antwort ist gar nicht so schwer. Nicht die Arbeiterinnen und Arbeiter sind arbeitsscheu geworden. Nein. Das Kapital ist arbeitsscheu geworden. Seit dreißig Jahren beobachten wir, wie immer größere Kapitalmassen nicht mehr in die Produktion investiert werden, sondern sie werden auf die internationalen Finanzmärkte und an die Börsen gelenkt. Ehemals produktives Kapital wird Spekulationsgeld. Das schafft keinen einzigen Arbeitsplatz.

V. Die Verwendung des Reichtums in unserem Lande¹ ist neben der Arbeitslosigkeit das zweite große Problem.

Widersprüchliche Nachrichten erreichen uns nahezu täglich:

* Auf der einen Seite sind da die Appelle der Politiker, das deutsche Volk müsse Maß halten. Man habe zu lange auf der faulen Haut gelegen, habe zu lange aus dem Vollen geschöpft: Alle müssten sparen!

In diesen Duktus passt das systematische Hervorrufen von Sozialneid: So der denunziatorische Umgang mit dem Sozialhilfeempfänger N.N., der – von den bundesdeutschen Medien binnen weniger Tage wie eine Sensation aufgebauscht, auf Mallorca lebt. Oder – ein weiteres derzeit populäres Beispiel des moralischen Zeigefingers auf vermeintliche „Oblomovs“, auf rücksichtslose Nutznießer, des Sozialstaates – die rhetorische Frage der offensivsten Sozialabbauer der christlichen Parteien, wie sich denn die 80 Prozent der Studierenden fühlen müssten, die ihr Studium innerhalb der vorgesehenen Fristen absolvierten, gegenüber den 20 Prozent „Langzeitstudierenden“...

Sogar der Ratsvorsitzende der Evangelischen Kirche in Deutschland, Bischof (Prof. Dr.) Wolfgang Huber blies (FAZ v. 2.1.04) in dasselbe Horn, als er sagte: „Wir müssen einen kleiner werdenden Kuchen fair verteilen, wir sollten zugunsten späterer Generationen kürzertreten, wir haben soziale Errungenschaften einzuschränken, wenn wir sie erhalten sollen.“

Infolgedessen sind die Sparprogramme des Jahres 2003 auf Bundes- wie Landesebene einschneidend: Ob es sich um das Rentensparpaket (sh. „Das Parlament“ v. 27.10.2003) handelt², ob um die enormen Verschlechterungen für Arbeitslose und Langzeitarbeitslose (sh. die Pressechau Mitte Dezember, exemplarisch: „junge Welt“ v. 17.12.2003) oder auch um das „Milliarden-Sparprogramm“ der hessischen Landesregierung vom Jahresende 2003, das allein 15.500 Menschen arbeitslos macht.

* Auf der anderen Seite erreichen uns da Nachrichten (FAZ v. 12.02.2004), dass die Bundesrepublik Deutschland im Jahre 2003 wieder einmal „Weltmeister“ der Exportländer sei, mit einer Differenz von unvorstellbaren 130 Milliarden Euro zwischen Importen und Exporten und mit einer für 2004 vorausgesagten erneuten Rekordmarke. Dieses Handelsbilanzsaldo betrug in den Jahren 1997 bis 2000 jeweils 60 Milliarden €, es stieg ab 2001 sprunghaft über 95,5 Mrd. € (2001) auf 133 (2002) und betrug 2003 besagte 130 Mrd. €. D.h. es stieg in den Zeiten der eingangs beschworenen Krise am stärksten. Es geht hier, wohl bemerkt, nicht um einen Exportüberschuss pro Kopf, sondern die BRD der 82 Millionen erzielte einen um sieben Prozent

¹ Wenige Kennziffern nur, um mit den Milliarden-Beträgen, die im Folgenden genannt werden, umgehen zu können: Gemessen an ihrer Fläche 357.000 qkm) nimmt die BRD Platz 61 auf der Erde ein, gemessen an der Bevölkerung (82 Mio.) Platz 12, gemessen am BIP Platz 3. Das Bruttoinlandsprodukt (BIP) der BRD, d.h. die Summe aller erzeugten Produkte und Dienstleistungen, betrug 2003 ca. 2.000 Mrd. €. (Daraus lassen sich leicht die durch den EU-Vertrag von Maastricht „erlaubten“ Verschuldungshöhen errechnen: bei 3 % Neuverschuldung am BIP und 60 % Altschulden...)

Der Bundeshaushalt des Jahres 2003 umfasste ca. 250 Mrd. € (2002 241 Mrd. €). Allein an Schuldendienst (Titel „Bundesschuld“) wies der Haushalt 2003 40 Mrd. € auf (2002 41 Mrd. €) auf. Die Bundesrepublik, und dies auf allen drei Verwaltungsebenen: Bund, Länder und Kommunen, ist verschuldet mit 1.300 Milliarden Euro. Alle drei Verwaltungsebenen zahlen an den Zinsen für diese Verschuldung. Diese überschritt 1972 die 100 Mrd. €-Schwelle, sie lag 1990, bei Beginn der enormen Transferzahlungen in Folge der deutschen Einheit, bei „nur“ 560 Mrd. €.

² Um die Dimensionen aufzuzeigen: So erhält die Rentnerin in Westdeutschland durchschnittlich 479 € Rente, die in Deutschlands Osten (wegen längerer Berufstätigkeit) 655 €, männliche Rentner erhalten (West) 978 bzw. (Ost) 1.031 €.

höheren Überschuss als der 290 Millionen-Staat USA. Und all dies bei den permanent beschworenen hohen Lohnkosten für unsere Produkte und bei einem historischen Höchststand unserer Währung (gegenüber dem US-Dollar), d.h. unter eigentlich den Export erschwerenden Bedingungen.³ Die, ein zweiter Hinweis, größte konservative Wirtschaftszeitung unseres Landes (FAZ am 20.1.2004) bescheinigt der deutschen Wirtschaft in den zentralen Branchen Biotechnologie, Automobilindustrie, Chemie und Werkzeugmaschinenbau eine herausragende Wettbewerbsfähigkeit. Es erreichen uns schließlich Nachrichten, dass große Firmen Milliarden-Gewinne machten (bspw. Daimler-Benz) und ihre Aktionäre mit großzügigen Dividenden ausstatteten, wenngleich sie keine Steuern zahlten. Die „Welt am Sonntag“ meldet (am 8.2.2004: „Deutsche Firmen vor Gewinnexplosion“), dass die Gewinne der 30 im Deutschen Aktienindex (DAX) registrierten Unternehmen nach einer Steigerung um knapp 30 Prozent in 2003 im Jahr 2004 vermutlich um 47 Prozent (in Worten: siebenundvierzig) steigen werden. Die 50 größten europäischen Unternehmen (im EuroStoxx zusammengefasst) steigerten ihren Gewinn nach einem Einbruch von 32,6 Prozent in 2002 im Jahr 2003 und 80 Prozent; für 2004 wird ein erneuter Anstieg um 20 Prozent erwartet.

Aus einem anderen Blickwinkel: Das private Geldvermögen in Deutschland hat sich (jW v. 14./14.12.2003) zwischen 1990 und 2000 fast verdoppelt, die öffentlichen Haushalte verarmen jedoch immer mehr.

Im folgenden werden einige Beobachtungen zusammengestellt, die die These von der bankrotten Bundesrepublik Deutschland, vom „kleiner werdenden Kuchen“, in Frage stellen werden.

Eine derartige Zusammenstellung scheint nicht zuletzt nötig, da sich in der politischen Öffentlichkeit, vor allem in den am stärksten von der Krise betroffenen Schichten, ein weitgehender Stigmatisierungsprozess breitgemacht hat. Dieser führt dazu, dass der Widerstand gegen die soziale Umverteilung, gegen den umfassenden Sozialabbau, sei er von konservativen oder sei er von sozialdemokratisch dominierten Bundes- wie Landes-Regierungen vollzogen, nahezu paralyisiert ist.

Grundthese meiner Ausführungen ist, dass die Bundesrepublik Deutschland nicht bankrott ist, sondern dass der erwirtschaftete Reichtum nur äußerst ungleich verteilt ist, dass der Reichtum unseres Landes nicht gemäß dem geltenden Grundgesetz eingesetzt wird. Zugleich ist, wie gezeigt werden wird, der von der Masse der Arbeitenden erwirtschaftete Reichtum betrügerischen Machenschaften in größerem Ausmaße ausgesetzt.

Zu erinnern ist, dass das Grundgesetz die Bundesrepublik in mehreren Artikeln zur Aufrechterhaltung eines „sozialen“ Rechtsstaates (so im Art. 20.1) verpflichtet – dies wohlweislich unter anderem vor dem Hintergrund der historischen Erfahrungen des deutschen Faschismus. Hinzuweisen ist noch auf mein Bemühen, ausschließlich Ideen anzubieten, die systemimmanent sind, d.h. die kapitalistische Wirtschaftsordnung nicht in Frage stellen.

1. Verschwendung

Der *Bund der Steuerzahler* mahnt in jedem Jahr in seinem „Schwarzbuch“ kontinuierlich die Verschwendung von 30 Milliarden Euro an. Ob für unsinnige oder für unangemessen auf-

³ Die Relation zwischen DM und US-\$ entwickelte sich in den vergangenen Jahren wie folgt: Noch im Jahre 2000 musste für einen US-\$ 2,30 DM gezahlt werden, heute läge der Preis bei stark 1,50 DM. Im November 2003 kostete der € 1,14 US-\$, im Januar 2004 bereits 1,28 \$. D.h. die Exportvoraussetzungen sind infolge des stärker, d.h. *teurer* gewordenen € eigentlich enorm kompliziert worden!

wendige Bauten, unnötige Politikerreisen, wertlose Gutachten, unsinnige Subventionen, Korruption - kurz: ineffiziente oder zweckfremde Verwendung der Steuern.⁴

Auch der *Bundesrechnungshof* (sh. FAZ 26.11.03) sieht jährliche „Effizienzreserven“ in Höhe von 5 Mrd. € („Reserven an Einnahmen und Einsparungen“). Beispiele aus dem Bericht von 2003 betreffen den Umbau des Schulschiffes der Bundesmarine „Gorch Fock“, der aufgrund ungenügender Planung fast doppelt so teuer wie geplant wurde. Die Ausstattung der Direktionsräume des Robert-Koch-Instituts (ohne Auftrag vergeben) habe dreimal mehr als geplant gekostet.

Auch die Zahlung einer dreistelligen (!) Millionensumme für den 1,5 Kilometer langen Berliner U-Bahn-Tunnel ins Regierungsviertel kritisierte (jW v. 15.10.03) der Bundesrechnungshof.

Ein Drittes: Deutschland gibt jährlich knapp 30 Milliarden € für *Militär* aus. Nicht erst seit Bundeskanzler Kohl die Bundesrepublik von „Freunden umzingelt“ sah, sind diese Ausgaben umstritten. Heute hingegen sieht ein sozialdemokratischer Minister die Interessen der BRD „am Hindukusch“ zu verteidigen. Bundeskanzler Schröder freute sich im Zusammenhang mit der Teilnahme der BRD am Afghanistan-Krieg („gegen den Terrorismus“) über die „Enttabuisierung des Militärischen“. Militärische Aufgaben jedoch sind, wenn überhaupt sinnvoll, in die Hände supranationaler Organisationen wie der (zu reformierenden) UNO zu legen.

An die Adresse der *Gewerkschaften*, die – im Falle einer umfassenden Konversionspolitik - den Verlust von Arbeitsplätzen befürchten: Zum ersten ist Rüstungsproduktion außerordentlich technologisiert, d.h. nicht arbeitskräfteintensiv. Zum zweiten sind die Produkte der Rüstungsindustrie - schlicht - unproduktiv. Ein Panzer, ein „Eurofighter“, eine Fregatte produzieren nichts!

2. Betrug

An *Schwarzarbeit* wird in Deutschland (sh. FAZ v. 30.01.2003) vermutlich eine Summe erwirtschaftet, die mehr als ein Sechstel (17,1 %) des BIP umfasst. Hierfür werden weder Steuern, noch Sozialabgaben abgeführt. Wenn also der Staat dafür sorgen würde, dass für 370 Mrd. € Steuern und Sozialabgaben (der GdP-Vorsitzende Freiberg sprach, OP v. 21.1.04, von „jährlich 64 Milliarden Euro Steuereinnahmen und 56 Milliarden Euro Sozialversicherungsbeiträge(n)“) gezahlt würden, dürfte das Gros der Neuverschuldung wie auch die „Bedienung“ der Altschulden leicht finanzieren lassen. Überdies steigt, so das Institut für Angewandte Wirtschaftsforschung der Universität Tübingen, die Schwarzarbeit etwa doppelt so schnell wie das BIP.

Es stellt sich die Frage, warum der Staat (zumindest die organisierte) Schwarzarbeit, trotz seiner regelmäßigen medial groß angelegten Kampagnen (sh. ddp und AP am 2.1.04) nicht wirksam bekämpft.⁵ Dass die Massen- und Langzeitarbeitslosigkeit viele Menschen in die individuelle Schwarzarbeit drängt, wird weiter unten behandelt.

Die *Steuerehrlichkeit der Besitzenden* in unserem Lande ist ein weiteres potentiell ertragreiches Kapitel: Bspw. überprüften die Finanzämter des Landes Nordrhein-Westfalen (Westfälische Nachrichten v. 12.8.03) im ersten Halbjahr 2003 267 der rund 1.700 *Einkommensmillionäre* des Landes *nach* deren Steuererklärung durch eine Sonderprüfung. Nur 21 Fälle blieben unbeantwortet. In 246 Fällen ergab die Sonderprüfung eine Nachzahlung von insgesamt 23 Millionen € - ca. 120.000 € pro Fall. (Zwei Jahre zuvor betrug der Steuerbetrug pro Fall noch 47.000 €) Hochgerechnet auf die ca. 20.000 Einkommensmillionäre im gesamten Bundesgebiet ergäbe dies vermutlich die gesamte Defizitsumme der Pflegeversicherung für das Jahr 2003. Außerdem

⁴ Sh. bspw. AFP v. 30.9.2003. Man schaue auf die homepage des BdSt, Wiesbaden.

⁵ Sehr wohl in Rechnung gestellt werden soll an dieser Stelle (jW v. 21.11.2002), dass ein guter Teil der genannten Summe bspw. durch den Kauf von Baumaterialien bspw. in Baumärkten sehr wohl versteuert wird. Das Gros der Schäden durch die organisierte Schwarzarbeit bleiben hiervor jedoch unberührt.

könnte die Arbeitslosigkeit um einige Tausend neu ausgebildete Steuerbeamtinnen und Steuerbeamte vermindert werden. Und die *Kultur der Steuergerechtigkeit*, die derzeit die Debatten so strapaziert, hätte ein gutes Argument an ihrer Seite.

Die Frage ist, warum derartige Überprüfungen nicht ablaufen.

À propos Steuergerechtigkeit: Die um die Jahreswende 2003/2004 diskutierte Steueramnestie der SPD/GRÜNEN-Regierung ist ein weiteres Beispiel für die extreme Begünstigung großer Einkünfte und der Nicht-Verfolgung von Steuerhinterzug. So schrieb die FAZ (19.12.2003) ein Fallbeispiel folgendermaßen: „Wer also in dem Zeitraum 1993 bis 2002 beispielsweise 100.000 Euro nicht erklärter (d.h. hinterzogener, JMB) Kapitaleinkünfte erhielt hat, zahlt daraufhin alles in allem 15.000 Euro. Eine Selbstanzeige, die natürlich möglich wäre, würde hingegen etwa das Drei- bis Vierfache kosten.“⁶ Der Steuersatz für Kapitalerträge liegt bei 25 Prozent.

Der Präsident des Bundeskriminalamtes Kersten bezifferte (FAZ v. 21.11.2002) die Schäden durch *Wirtschaftskriminalität* im Bundesgebiet für die öffentlichen Kassen auf im Jahr 2001 6,8 Milliarden €. Tendenz: steigend. (1994 wurden 58 Fälle strafrechtlich verfolgt, 2000 bereits 1.243 Fälle) Die Delikte sind: Rauschgifthandel, illegal erworbene Vermögen, Marken- und Produktpiraterie, Bestechung, Betrug, Untreue. Der Frankfurter Oberstaatsanwalt Schuppensteiner bezifferte (AP v. 20.11.2002) allein die Schäden bei öffentlichen Bauvorhaben auf fünf Milliarden €. Nur 5 von 100 Korruptionsfällen werden bekannt. Schuppensteiner gab folgendes Rezept zur Bekämpfung der zuletzt genannten Delikte, betreffend ehemalige Staatsdiener: Wer in einer Behörde mit einem Unternehmen befasst gewesen sei, müsse bei einem Ausscheiden aus dem Staatsdienst fünf Jahre lang von entsprechenden Geschäftsbeziehungen ausgesperrt bleiben. Der Bund Deutscher Kriminalbeamter BDK beziffert die jährlichen Schäden durch Wirtschaftskriminalität in der gesamten deutschen Ökonomie auf 36 Mrd. €. (ddp v. 19.11.2002)

Betr. *Steuerflucht* summierte bereits Ex-Finanzminister Waigel die jährlichen Steuerausfälle für die BRD auf eine Summe zwischen 35 und 70 Milliarden €. Die „Arbeitsgruppe Alternative Wirtschaftspolitik“ (AAW) summiert sie für 2003 auf etwa 50 Milliarden €. (Zu erinnern in diesem Zusammenhang: Die Kapitalertragssteuer beträgt in Deutschland derzeit 25 %, in Luxemburg neben einer zu vernachlässigenden Bearbeitungsgebühr der Banken 0 %...⁷)

Rätselhaft erscheint in diesem Zusammenhang auch der öffentliche Umgang mit *exorbitanten Spitzenverdienern* wie dem Ex-Tennisspieler Becker, dem Rennfahrer Schumacher oder dem Ex-Fußballer Netzer: Diese (es handelt sich nur um die Spitze des Eisbergs) haben ihre Wohnsitze in die Schweiz verlegt, um dort weniger Steuern zu zahlen (sh. FAZ v. 25.09.2003), sie werden von den Medien weiterhin als Orientierungsfiguren der Jugend behandelt, so wenn der Kanzler bspw. Herrn Schumacher euphorisch zu seiner sechsten Weltmeisterschaft gratuliert. Dutzende von Fußballprofis wohnen offiziell in den Niederlanden...

3. Wachsende soziale Ungleichheit und Ungerechtigkeit

Nur zwei Daten⁸ mögen die Lage verdeutlichen:

a) Allein in den letzten 25 Jahren haben sich die *Anteile am Steueraufkommen* des Staates völlig verändert: Trugen noch 1977 *Lohnsteuer* wie *Unternehmens- und Gewinnsteuer* je ca. 30 % zu den Steuereinnahmen bei, so betrugen die Werte 2001 für die Lohnsteuer 35 %, für die Un-

⁶ Sh. FAZ-Artikelserie zur Steueramnestie am 18.12., 19.12. und 23.12.2003 („Die Steueramnestie ist für Erben besonders attraktiv“).

⁷ Großbritannien und die Niederlande halten sich Steueroasen in Übersee (FAZ v. 11.2.2004). So auf den Cayman Islands, Montserrat, auf den Virgin Islands und den Kanalinseln Guernsey und Jersey.

⁸ (Quelle: „Staatsfinanzen stärken“ Hg. VerDi, Berlin o.J. (2003), S. 11.

ternehmens- und Gewinnsteuern nur noch 15 Prozent. Ist die durchschnittliche *Steuerlast auf Löhne* zwischen 1980 und 2001 von 15,7 auf 18,6 Prozent gestiegen, so hat die für *Gewinne* von 1980 24 Prozent auf 2001 12,1 Prozent abgenommen.

Auch hier wieder zwei Beispiele aus der bundesdeutschen Realität: In der Bilanz des 10.000-Beschäftigten-Konzerens Buderus für 2002/2003 stieg der Überschuss des Unternehmens um 104 Prozent, seine Ertragssteuern hingegen sanken um 36 Prozent. Der Baukonzern Bilfinger erwirtschaftete mit seinen 50.000 Beschäftigten 2002/2003 einen um 15 Prozent gestiegenen Überschuss, konnte aber seine Ertragssteuerzahlungen um 75 Prozent senken. (jW v. 8.5.03)

b) Die *Verteilung des Geldvermögens* stellt sich folgendermaßen dar: Die zehn Prozent der Vermögendsten der Republik besaßen 1998 50,4 % des Geldvermögens (1993 = 46,4 %), die 50 Prozent am unteren Ende der Vermögensskala besaßen 4,7 Prozent (1993 = 7,7 %). Was heißt: Umverteilung auch hier, und dies in rasantem Tempo (vom Immobilienbesitz ganz zu schweigen).

Ende 2002 verfügten in Deutschland nach einer Studie der US-Bank Merrill Lynch (jW v. 15.10.03) 755.000 Privatpersonen über ein Finanzvermögen (Immobilien nicht gerechnet) von mehr als einer Million US-Dollar, Ende 2001 hatte diese Zahl noch bei 730.000 gelegen. Auf der anderen Seite sind, so Claudia Kurzbuch, Chefin der Bundes-AG Schuldnerberatung (in der Neuen Osnabrücker Zeitung vom 2.2.04), etwa drei Millionen deutscher Haushalte, überschuldet, in 2003 sei die Zahl der Ratsuchenden um ein Drittel (!) gegenüber 2002 gestiegen. Die Zahl der persönlichen Insolvenzen werde in 2004 auf weit über 40.000 steigen. Was inzwischen allgemein bekannt ist: Etwa zehn Prozent der Bundesbevölkerung lebt unter der Armutsgrenze (mit weniger als 50 % des durchschnittlichen Haushaltseinkommens). Armut, dies ist am besten in den Sozialhilfestatistiken der Kommunen abzulesen, ist jung und weiblich, in erster Linie alleinerziehend. Tendenz bei allen genannten Gruppen: Steigend.

4. Ungeheuerlichkeiten / Geschmacklosigkeiten

Da wurden beim FRAPORT-Skandal Hunderttausende Euro an Bestechungsgeldern gezahlt.

Da wurde den (gescheiterten!) Managern Sommer (Telecom) oder auch Esser (Mannesmann)⁹ Abfindungen in zweistelligen Millionenhöhen gezahlt. Bei Mannesmann betrug der Gesamtschaden durch die Selbstbedienung der Unternehmensleitung 112 Millionen DM (FAZ v. 22.1.2004).

Da stattete die hessische Landesregierung (unter dem sich so gerne als rigorosen Sparer profilierenden Ministerpräsidenten Koch) ihren neuen gerade für zig Millionen angekauften Amtssitz in Wiesbaden mit Luxus-Mobilar für Mehrkosten in Höhe von einigen Millionen Euro aus. Gleichzeitig wurde der Weinkeller des hessischen Staatsweingutes für 7 Mio. € restauriert. Unter Ministerpräsident Koch wurde der Stellenpool der Staatskanzlei seit seiner Amtsübernahme 1999 um 90 – zumeist hochdotierte – Stellen aufgebläht. Die gewaltigen Ausgaben für Beratungsunternehmen (bspw. SAP) kommen hinzu.

Da wurde bekannt, dass der Medien-Mogul Kirch zahlreiche konservative Politiker für „Beraterdienste“ auf seiner Gehaltsliste führte („Focus“ 1/2004): So erhielt Ex-Kanzler Helmut Kohl „Jahresbeträge“, so der Focus, in Höhe von 300.000 €, die Ex-Minister Jürgen Möllemann in Höhe

⁹ Die FAZ schrieb am 17.1.04 vor Beginn des Mannesmann-Prozesses zu Esser: „Seine Prämien von rund 31 Millionen DM, die er aus der Unternehmenskasse erhielt, erhitzte die Gemüter – neben einer annähernd gleich hohen Gehaltsfortzahlung sowie Abfindung für sein lebenslange Nutzungsrecht von Büro, Sekretärin Fahrer und Dienstwagen.“ Allerdings stand nicht diese Zahlungen zur Debatte, sondern die Zustimmung des Aufsichtsrates hierzu...

von 400.000 €, Theo Waigel von 300.000 €, die Ex-Minister Christian Schwarz-Schilling, Wolfgang Bötsch und Rupert Scholz daneben geradezu bescheidene 150.000 €.

Es stellt sich die Frage, für welcherlei Dienste die weiterhin einflussreichen Politiker diese enormen Summen erhielten. (In diesem Zusammenhang sei an die o.a. Aussage des Frankfurter Juristen Schauenstein erinnert.)

Auch die Einkünfte deutscher Wirtschaftsmanager (teilweise in Millionen-€-Höhe) scheinen unverständlich, nicht nur, wenn ihre Unternehmen keine Steuern zahlen. Warum müssen bestimmte Menschen in einem Jahr einnehmen, wofür andere ein ganzes Leben arbeiten müssen?

Da erhöhten sich die Funktionäre der gerade zur größten Gewerkschaft der BRD fusionierten ver.di ihre Gehälter um – skandalöse und an der Gewerkschaftsbasis nur schwer zu vermittelnde – 50 Prozent. Und der damalige IG-Metall-Chef Zwickel widersetzte sich den skandalösen Zahlungen an Esser (Mannesmann) im Aufsichtsrat nicht (FAZ v. 17.1.04).

5. Einnahmeverzichte des Staates

Die „Arbeitsgruppe Alternative Wirtschaftspolitik“ (AAW) beziffert die Einnahmeverzichte, sprich: -verluste in folgenden Bereichen mit folgenden Werten:

- 14 Milliarden Euro würden den öffentlichen Haushalten wieder zufließen bei der Wiedereinführung der Vermögenssteuer (diese wurde unter Kanzler Kohl abgeschafft, von der Regierung Schröder trotz der beklagten Haushaltsprobleme nicht wieder eingeführt);
- 4 Milliarden Euro würden durch eine gerechtere Erbschaftssteuererhebung fließen;¹⁰
- 22 Milliarden Euro durch die Abschaffung des Ehegattensplittings;
- 9 Milliarden Euro durch die Einführung einer Börsenumsatzsteuer;
- 17 Milliarden Euro durch die Etablierung einer Spekulationssteuer (Tobin-Steuer)¹¹,
- 13 Milliarden Euro durch eine kommunale Wertschöpfungssteuer.¹²

Ein Beispiel aus dem europäischen Umfeld zur Verbesserung der staatlichen Einnahmesituation: Die französische Linksregierung unter Lionel Jospin verordnete nach ihrer Wahl 1997 zur Finanzierung eines gewaltigen Beschäftigungsprogramms für arbeitslose Jugendliche eine Vermögenssteuererhöhung. Es ist nichts bekannt geworden von größeren Steuerflucht-Bewegungen.

Neben der illegalen Steuerflucht existiert die legale Steuerhinterziehung, besser: *Steuervermeidung*.

¹⁰ In Deutschland machen die Erbschaftssteuern 1999 lediglich 0,9 % des BIP aus. Zum Vergleich: USA 3,1 %, Großbritannien 3,9 %, Frankreich 3,2 %, OECD-Länder insgesamt 1,9 %. (Quelle: „Staatsfinanzen stärken“ Hg. VerDi, Berlin o. J. (2003).

¹¹ Zu erinnern ist in diesem Zusammenhang, dass täglich ca. 1.200 Mrd. US-\$ spekulativ auf den Weltfinanzmärkten zirkulieren. Der US-amerikanische Volkswirtschaftler James Tobin, 1981 Nobelpreisträger für Wirtschaftswissenschaften, schlug 1972 eine weltweit einheitliche (Lenkungs-)Abgabe auf spekulative internationale Devisentransaktionen (Tobin-Steuer) vor. Diese Steuer, wenn sie nur 1 % der Spekulationsgewinne umfasste, würde alle gravierenden sozialen Probleme der Erde binnen kürzester Frist beseitigen und würde darüber hinaus die Staatshaushalte sanieren.

¹² Das Gutachten („Memorandum“) der „Arbeitsgruppe Alternative Wirtschaftspolitik“ (AAW) wird jährlich veröffentlicht, so das „Memo 2002“ im Kölner PapyRossa-Verlag. Eine Kurzform findet sich in: „Blätter...“ 5/2002.

* Bspw. durch die Tatsache, dass Daimler-Benz zwar Dividenden für seine Aktienbesitzer ausschüttet, jedoch über Jahre keine Ertrags-Steuer zahlte, weil die Verluste für den Kauf des US-Unternehmens Chrysler auch in Deutschland zu Buche schlugen.

* Bspw. durch die Sonderabschreibungen im Zusammenhang mit der deutschen Einigung. Hier verzichtete der Staat auf Abgaben für Hunderte von Milliarden DM für Investitionen in den Fünf Neuen Bundesländern; heute stehen viele dieser Bauten als Investitions-Ruinen.

Die Kette der Abschreibungsverluste für den Fiskus ist beliebig verlängerbar.

VI. Die Rede von der Überschuldung unseres Landes

Unter Hinweis auf die hohe Verschuldung der öffentlichen Haushalte verweigern sich Bundes- und Landesregierungen großangelegten Investitions- und Beschäftigungsprogrammen. Der Wirtschaftswissenschaftler Siegfried Wetzel (jW v. 13./14.12.2003) hält folgendes dagegen:

a) In der Tat hat die Verschuldung (Monatsbericht der Deutschen Bundesbank vom Mai 2003) der öffentlichen Haushalte 2002 eine Höhe von 1.300 Mrd. Euro erreicht. In der Tat ist die Zinslast mit ca. 65 Mrd. Euro/Jahr enorm.

b) Allerdings: „Das reine, registrierte Geldvermögen der privaten Haushalte in der BRD (also ohne das im Ausland illegal geparkte Geld) (wurde) für das Jahr 2001 mit 3,9 Billionen Euro angegeben.“¹³ Das gesamte Geld- und Sachvermögen in Deutschland beläuft sich gar auf 8,1 Billionen Euro.

c) „Die Staatsverschuldung der Bundesrepublik beläuft sich also auf weniger als 30 Prozent des vorhandenen Geldvermögens. Bezieht man das vorhandene, hauptsächlich aus Immobilien bestehende Vermögen in die Betrachtung ein, sind das weniger als 16 Prozent.“¹⁴

Wetzel resümiert: „Es ist offensichtlich, dass mit dem ständigen Geschrei über die hohe Staatsverschuldung und den damit verbundenen Horrorszenarien die mit der ´Agenda 2010` geplanten Maßnahmen zur Beschneidung der Renten, zur Verlagerung von Gesundheits- und Pflegekosten auf die Arbeit´nehmer` und damit die Verstärkung der sozialen Schieflage gegenüber den Bürgern ´begründet` werden soll. Die verwirrende Diskussion über eine zu hohe Staatsverschuldung ist eine Nebelwand, hinter der das Konzept einer neoliberalen Wirtschaftspolitik nach und nach verwirklicht und die Umverteilung von unten nach oben in Richtung des amerikanischen Weges nicht nur fortgesetzt, sondern verstärkt werden soll.“

Wetzel plädiert für eine deutliche Steuerentlastung der Masseneinkünfte, d.h. für eine Erhöhung der Massenkaukraft, und für eine „zeitweilige und kontrollierte Abweichung“ von der Maastrichter Haushaltssparpolitik, d.h. für ein staatliches Investitionsprogramm.

Unterstützt wird diese Position von der jüngsten Bewertung der Ratingagentur Standard & Poor´s (FAZ v. 21.1.2004), in der Deutschland als erstklassiger Schuldner („Note ´AAA´“) gewertet wird. „Anders als von manchen Politikern an die Wand gemalt, hat die mehrfache Verletzung der Schuldenobergrenze im Stabilitäts- und Wachstumspakt durch Deutschland damit keinen Einfluss auf das Rating gehabt. Auch Moody´s, die zweite große Ratingagentur, bewertet die kurz - und langfristigen Verbindlichkeiten weiterhin mit Bestnoten, ebenfalls mit stabilem Ausblick.“

¹³ Das illegale Geld dürfte weitere 1 Billion Euro umfassen.

¹⁴ Diese Daten finden sich auch in der hervorragenden Faktensammlung „Staatfinanzen stärken“ der Gewerkschaft ver.di (S. 12ff.).

Beim Thema Verschuldung muss im übrigen auch gefragt werden, wer von den hohen Zinszahlungen der öffentlichen Hand profitiert.

VII. Noch einmal: Das Grundübel Arbeitslosigkeit

Die FAZ scheint nahezu die einzige an der ökonomischen Realität unseres Landes interessierte Institution zu sein. In regelmäßigen Abständen beziffert sie die Arbeitslosigkeit auf knapp 8 *Millionen*, was sich deutlich von den 4,3 Millionen der Bundesregierung bzw. der BfA, abhebt. Ein Beispiel (FAZ v. 4.12.2003) aus der täglichen Konzernrealität: Die Porsche AG steigerte ihren Konzernumsatz im Geschäftsjahr 2002/03 gegenüber dem vorherigen um 14,9 Prozent, die Zahl der Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter wuchs indes lediglich um 5,5 Prozent. In der deutschen Möbelindustrie produzierten 1996 (FAZ v. 19.1.2004) 177.000 Menschen in 1.610 Betrieben Möbel für 21,7 Milliarden Euro – 2003 produzierten gerade einmal 137.000 Menschen in 1.300 Betrieben Möbel für immerhin 20 Milliarden Euro. Immer weniger Menschen produzieren immer effektiver. Ein Blick auf die fatalen Konsequenzen von Massenarbeitslosigkeit in unserem Wirtschaftssystem:

- Arbeitslose zahlen nichts in die Sozialkassen.
- Arbeitslose werden aus den Sozialkassen alimentiert.
- Arbeitslose zahlen keine Lohn- und Einkommenssteuern.
- Arbeitslose haben eine enorm verminderte Kaufkraft.
- Arbeitslose werden häufiger krank, physisch wie psychisch.
- Arbeitslose produzieren nichts (wenn doch, liegt Schwarzarbeit nahe).

Seit langem ist bekannt, dass die Finanzierung der Arbeitslosigkeit volkswirtschaftlich kostspieliger ist als die Finanzierung der Arbeit, bspw. durch Fortbildung, ABM, den „zweiten“ Arbeitsmarkt etc.

Die Frage ist, warum eine sozialdemokratisch-grüne Bundesregierung arbeitsmarktpolitisch inaktiver ist als die vorangegangene konservative Regierung Kohl/Blüm.

Auch die Frage sei gestellt, warum sich die Berliner Regierung wie auch der DGB in seinen meisten Veröffentlichungen an die Schönfärberei der Statistiken (4,3 Mio. versus 8 Mio. in der Realität) beteiligen.

Die Forderung nach wirkungsvoller *Arbeitszeitverkürzung* als *einem zentralen* Weg zur Bekämpfung der Arbeitslosigkeit ist gewichen den Abwehrkämpfen gegen die Forderung nach Wochen- und Lebensarbeitszeitverlängerung von Seiten der Unternehmer und der SPD-Grünen-Regierung; d.h. die Gewerkschaftsbewegung geht in die Defensive.

A propos *Wochen- und Lebensarbeitszeitverlängerung*. Nur selten wird offen diskutiert, worum es den Herrschenden hinter der Mär von der Schaffung von Arbeitsplätzen wirklich geht: Um Lohn und Einkommensenkung sowie um Rentenkürzung. Arbeitsmarktpolitisch sind natürlich beide Maßnahmen kontraproduktiv.

Ein letztes Wort zur *Bundesagentur für Arbeit (BA)* in Nürnberg: Die Kritik an der BA mag in marginalen Punkten berechtigt sein, bspw. betreffend die Selbstherrlichkeit ihres entlassenen Präsidenten Gerster. Durch die „Reform“ der BA, durch die Privatisierungstendenzen der vergangenen Jahre und durch die verschärfte Verfolgung des angeblich massenhaften Missbrauchs von Leistungen der BA ist nicht *ein* Arbeitsplatz geschaffen worden. Freilich wurde die Diskussion geschickt fehlgeleitet: Im Massenbewusstsein scheinen *die Arbeitsämter* ein Gutteil schuld

an der Massenarbeitslosigkeit zu sein. In Wirklichkeit werden ihnen jedoch fortwährend die Mittel für eine wirkungsvolle Arbeitsmarktpolitik zusammengestrichen.

VIII. Demagogie mit der Demographie

Auch die Rede von der *Überalterung* unserer Gesellschaft und der daraus folgenden Konsequenz der Einschränkung sozialer Ansprüche muss kritisch hinterfragt werden. Johann Halden, Präsident des Statistischen Bundesamtes, erklärte am 6. Juni 2003, dass das Überalterungsproblem der Bundesrepublik schneller virulent werde als angenommen. Bereits 2050 müssten 100 Menschen im Alter zwischen 20 und 60 Jahren 78 Renterinnen und Rentner „durchfüttern“ – fast doppelt so viele wie heute. Dies sei schlicht nicht möglich. Die ProtagonistInnen der „Agenda 2010“ sprechen die gleiche Sprache. Gerd Bosbach, Statistikprofessor der FH Koblenz und selbst jahrelang am Statistischen BA tätig gewesen, hat (sh. jW v. 9.2.2004) zwei stichhaltige Gegenargumente zu dieser Art Panikmache:

- a) *Bevölkerungsprognosen* bis zum Jahre 2050 zu machen, sei unmöglich; man schaue sich Prognosen aus dem Jahr 1953 an...
- b) In der Hahlenschen Rechnung erscheinen nicht die „*unproduktiven*“ *Kinder und Jugendlichen*, die ja bereits heute miternährt werden müssten; rechne man diese mit, so müssten heute 100 Menschen 82 Junge und Alte ernähren – in 2050 würden 100 beruflich Aktive 112 Junge und Alte „durchziehen“ müssen. Es handele sich also um eine Steigerung um nur 40 Prozent und nicht wie in der Hahlenschen Rechnung um 80 Prozent.
- c) Ein drittes Argument muss hinzugenommen werden: Sowohl die Rürup-, als auch die Herzog-Kommission gehen von einer *Arbeitsproduktivitätssteigerung* zwischen 84 und 140 Prozent bis zum Jahre 2050 aus. Was heißt, dass von dieser Produktivitätssteigerung nicht nur die Jungen und Alten versorgt werden könnten, dass sogar für die in der Produktion Stehenden noch etwas übrig bliebe. Voraussetzung: Die Produktivitätssteigerung wird an die Gesellschaft weitergegeben und nicht als abgeschöpfter Profit bspw. an den internationalen Kapitalmärkten spekulativ angelegt...

IX. Zusammenfassung

Drei Fragen scheinen im Zusammenhang mit dem Geschilderten zentral:

- a) Warum verfolgt der Staat die Vergehen nicht deutlicher, warum schließt er Gesetzeslücken nicht rascher und effektiver? Immerhin resümiert der Berliner Politikwissenschaftler Fritz Vilmar (im ND v. 13./14.12.2003) „dass der Staat (jährlich, JMB) ohne große Eingriffe 129 Milliarden Euro durch steuerliche Mehreinnahmen erzielen kann.“

Hier in der gebotenen Kürze eine befriedigende Antwort zu geben, ist schwer.

- a. Der Einfluss des Lobbyismus, der starke Interessenverbände, auf die Politik unserer Gesetzgeber, kann nicht hoch genug eingeschätzt werden. Hier wird mit viel Geld gearbeitet, bspw. für Wahlkampfunterstützung, hier wird auch Druck ausgeübt durch Androhungen, Produktionsstätten aus bestimmten Standorten abzuziehen u.v.m.
- b. Es müssen zum zweiten bedacht werden vielfältige personelle Verquickungen der Abgeordneten (und ihrer Mitarbeiter) mit den Profiteuren der aufgezeigten Missstände.

- c. Zu bedenken ist, inwieweit sich aus der Zeit der Systemkonkurrenz das gewollte Image der „Freiheit“ („anything goes“) im Einflussbereich der Marktwirtschaft gehalten hat – im Gegensatz zur „totalen Überwachung“ und „Entindividualisierung“ in den Staaten der Planwirtschaft. „Steuerhinterziehung als Sport“ mag den Sachverhalt auch treffen.
- d. Die FAZ (v. 17.1.2000) schließlich benannte das Reproduktionsinteresse der Abgeordneten aus einem zusätzlichen Blickwinkel, wo sie im Zusammenhang mit Schwarzarbeit die Analyse des Tübinger Instituts für Angewandte Wirtschaftsforschung aufgriff: „Für Politiker, die daran interessiert seien, ihre Wählerstimmen zu maximieren, sei es sinnvoll, möglichst glaubwürdig zu suggerieren, dass sie die Schwarzarbeit bekämpfen. Gleichzeitig dürften sie jedoch nicht die Chancen ihrer potenziellen Wähler tatsächlich mindern, nebenbei Geld ohne Abzüge zu verdienen.“
- e. Warum machen GRÜNE und Sozialdemokratie die aufgezeigte Politik mit? Auch hier nur einige Ansätze:
- f. Die so oft beschworene Macht der *faits accompli*, die Macht der vollendeten Tatsachen, des Faktischen, darf nicht unterschätzt werden. Hierbei gegen festgefahrene Meinungen der bürgerlichen Parteien anzugehen, ist schwer. Nicht zuletzt der Umgang der SPD-Spitze, und namentlich ihres Generalsekretärs Müntefering, mit den „Abweichlern“ in den Fragen Kriegsbeteiligung oder Sozialabbau: Die Drohung mit dem Verlust eines sicheren Listenplatzes bei kommenden Wahlen, macht die Kalamität der Situation einzelner Volksvertreter deutlich.
- g. Dann ist darüber zu rasonieren, inwieweit diese beiden ehemals Linksparteien durch die schlichte Teilhabe an der Macht selbst sukzessive zu staatstragenden Elementen mutiert sind, korrumpiert sind also. Max Webers Analyse der Sozialdemokratie der Weimarer Republik ist nach wie vor gültig, wenn er sagt, so krieche nicht nur die Sozialdemokratie (durch ihre Regierungsbeteiligungen) in den Staat, sondern auch der Staat in die Sozialdemokratie. (Ein Bild, das neuerlich übrigens auch auf die PDS zu übertragen möglich scheint.)
- h. Warum verschärft die hellrot-grüne Regierung in Berlin gar das soziale Klima in unserem Lande?

Rainer Roth, Sozialwissenschaftler und Autor des Buches „Nebensache Mensch. Arbeitslosigkeit in Deutschland“, sieht (jW v. 18.12.2003) in den Beschlüssen der Agenda 2010 neben einem generellen Angriff auf soziale Leistungen für bspw. Arbeitslose in der Zusammenlegung von Arbeitslosenhilfe und Sozialhilfe („eine Art Mindestlohn im Tarifsysteem“) zum einen eine umfassende Lohnsenkung, er analysiert auf der anderen Seite die Versuche, „die Lohnfestsetzung auf die betriebliche Ebene zu verlagern“ und damit einen Angriff auf die Tarifautonomie. Zusammenfassend: „Das Ziel der ´Agenda 2010` ist in erster Linie die Anhebung der Profite auf Kosten der Löhne, vermittelt über Sozialabbau.“

X. Auswege aus der Lage

Die Frage ist, ob es innerhalb der Marktwirtschaft, des Kapitalismus, wie man sei einigen Jahren wieder sagen darf, überhaupt „Auswege“ aus allen aufgezeigten Problemlagen gibt. Wenn bspw. die Angeklagten im Mannesmann-Prozess Ackermann, Esser etc. jegliches Unrechtsbewusstsein vermissen lassen und wenn sie dabei auch noch von der CDU-Vorsitzenden Merkel unterstützt werden, die in der Anklageerhebung „einen Schlag gegen den Wirtschaftsstandort

Deutschland“ (FAZ v. 23.1.2004) sieht, dann muss hieran gezweifelt werden. Dennoch gibt es einige Punkte, die bspw. von einer Opposition (!) aus GRÜNEN und SPD unter Umständen verfolgt werden könnten. Es folgen Ideen, die das herrschende System nicht in Frage stellen.

10.1 Nachfragestimulation durch den Staat

Beginnen wir beim letztgenannten Punkt – der Bekämpfung der Massen- und Langzeitarbeitslosigkeit. In einem Interview mit der Tageszeitung „junge Welt“ äußerte sich (am 31.5./1.6.2003) der ehemalige Staatssekretär im Bundesfinanzministerium (unter Minister Lafontaine) Heiner Flassbeck unter dem Titel „Mehr ausgeben!“ zur Sparpolitik der Bundesregierung Schröder/Eichel. Auf die Frage, ob die Wirtschaft „kaputtgespart“ werde, Flassbeck: „Es gibt nur einen Ausweg aus der Krise: Nicht mehr sparen, sondern mehr ausgeben.“ Und weiter, nachdem er auf die derzeit schwache Nachfrage der privaten Haushalte, der Unternehmen und die ausgereizte Nachfrage des Auslandes (u.a. unter Berücksichtigung des starken Euros) hingewiesen hatte: „Es gibt logischerweise nur eine einzige Möglichkeit: Nur der Staat kann in dieser Situation mehr ausgeben. Der Staat muss die Nachfrage stimulieren.“ Und an anderer Stelle (Konkret 1/2004, S. 22) sagt Flassbeck: „Arbeitsplätze entstehen nur, wenn mehr Geld ausgegeben wird, nicht wenn keiner mehr Geld zum Ausgeben hat.“ Flassbeck wird von der Realität bestätigt: Am 31. Januar 2004 meldete die FAZ für das vierte Quartal des Jahres 2003 einen dramatischen Einbruch im deutschen Einzelhandelsumsatz um ca. sechs Prozent.

10.2 Verbesserung der Gesetzeslage

Betreffend die „legale Steuerflucht“, sprich: das Abschreibungssystem und gesetzliche Lücken im Steuersystem muss der Staat mit seinen eigenen Mitteln tätig werden. Gesetzeslücken müssen geschlossen werden, unsinnige Abschreibungsmöglichkeiten gestoppt werden, die Frage des gesamtgesellschaftlichen Nutzens muss in der *Steuer(sic!)politik* dominieren.

10.3 Harmonisierung der Kapitalertragssteuern innerhalb der Europäischen Union (EU)

Schwer vermittelbar ist, dass in der EU die Hebesätze für Kapitalertragssteuern derart unterschiedlich sind. So zahlt man in Deutschland (ab einem geringen Freibetrag) 30 Prozent Steuern, in Luxemburg jedoch nur ca. 0,5 Prozent, ähnlich ist die Lage auf den britischen Kanalinseln oder in Liechtenstein. Dringlich wäre zur Sanierung der staatlichen Finanzen

- neben einer Erhöhung der Freibeträge für die Besitzer kleinerer Vermögen
- die wirksame Harmonisierung der Steuersätze innerhalb der EU sowie die wirksame und koordinierte Verfolgung der Steuerflucht. Nahezu alle EU-Staaten haben ein objektives Interesse hieran!

10.4 Stärkere Besteuerung von Besitz und Gewinnen

Innerhalb der Bundesrepublik und der EU sind anzustreben die Wiedereinführung bzw. Erhöhung der Steuern auf großen Besitz und hohe Gewinne. Dies betrifft die Vermögenssteuer, die Erbschaftssteuer, eine Börsenumsatzsteuer, eine Spekulationssteuer. Die kommunalen Finanzen wären zu sanieren durch eine Erhöhung der Hebesätze für Unternehmens-Gewinne. Insgesamt ist das Steuersystem zu verbessern, indem nicht die Beschäftigung vieler Arbeitskräfte (durch die Vielzahl an Abgaben hierauf) „bestraft“ wird, sondern verstärkt Gewinne abgeschöpft werden.

10.5 Selbstbetrug beenden

Gewerkschaften und Linksparteien müssen mit unserem Wirtschaftssystem realistisch umgehen: Nicht 4,4 Millionen Menschen sind in unserem Land ohne Arbeit, sondern 8 Millionen. Insbesondere das Problem Jugendarbeitslosigkeit ist vorrangig zu behandeln. Auch die Rede von der erreichbaren Vollbeschäftigung ist zu beenden: Qualitatives versus quantitatives Wachstum kann eine Lösung aus der Kalamität sein, mit lebenslangem Lernen und Fortbilden, mit mehr und besserer Bildung und Sorgen um gesellschaftliche Randgruppen u.v.m. Die Stigmatisierung der Erwerbslosen muss bekämpft werden, der „zweite“ Arbeitsmarkt erheblich ausgeweitet werden.

10.6 „Selbstbedienungs“-Mentalität bekämpfen

Veruntreuungsskandale wie die bei der Übernahme von Mannesmann durch Vodafone sind innerhalb des Kapitalismus nicht wirkungsvoll zu bekämpfen, insbesondere nicht, wenn sich sogar die Vertreter der Arbeiterschaft involvieren lassen. Hier ist ebenso wie bei der Bekämpfung der wachsenden sozialen Ungleichheit in unserem Lande ein Rückgriff auf die Vergesellschaftungsbestimmungen diverser Verfassungen (so der Art. 47 der Hessischen Landesverfassung) vonnöten.

Bemerkenswert ist bei allem Geschilderten die anhaltende Integrationskraft des deutschen Kapitalismus, der doch täglich aufs Neue ca. 1.000 Menschen in die Marginalität schickt.

Zum Abschluss: **Bert Brecht**

"Wer noch lebt, sage nicht niemals!

Das Sichere ist nicht sicher

So, wie es ist, bleibt es nicht.

Wenn die Herrschenden gesprochen haben

Werden die Beherrschten sprechen.

Wer wagt zu sagen niemals?

An wem liegt es, wenn die Unterdrückung bleibt? An uns.

An wem liegt es, wenn sie zerbrochen wird? Ebenfalls an uns.

Wer niedergeschlagen wird, der erhebe sich!

Wer verloren ist, kämpfe!

Wer seine Lage erkannt hat, wie soll der aufzuhalten sein?

Denn die Besiegten von heute sind die Sieger von morgen

Und aus niemals wird: heute noch."